ANNAHME**ANTRAG 10**

der **NÖAAB-FCG AK Fraktion**
an die **3. AKNÖ Vollversammlung der XVII. Funktionsperiode**
am **23. Mai 2025**

***Gesetzliche Maßnahmen für die Förderung älterer
ArbeitnehmerInnen***

Zunehmend wird es älteren ArbeitnehmerInnen in Österreich erschwert, aufgrund von Kündigung ihren Job bis zum Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters auszuüben.

Zwar können ArbeitnehmerInnen die Beendigung des Dienstverhältnisses wegen Sozialwidrigkeit anfechten (unabhängig davon, ob der Betrieb einen Betriebsrat hat oder nicht), jedoch einen speziellen Kündigungsschutz für ältere ArbeitnehmerInnen gibt es derzeit in Österreich nicht.

Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, schlägt die NÖAAB-FCG AK Fraktion folgende Maßnahmen vor:

- Stärkung des Kündigungsschutzes – z.B. Einführung eines besonderen Kündigungsschutzes; Verschärfung gesetzlicher Regelungen, um Kündigungen älterer ArbeitnehmerInnen zu erschweren
- Schaffung finanzieller Anreize für Unternehmen, die ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen – z.B. Lohnkostenzuschüsse oder Steuererleichterungen
- Flexiblere Gestaltung des Arbeitsrechts, um den Übergang in den Ruhestand zu erleichtern – z.B. Teilzeitmodelle; flexiblere Arbeitszeiten oder die Möglichkeit der Altersteilzeit bis 65
- Diverse Maßnahmen auf Unternehmensebene – z.B. Betriebliche Gesundheitsförderung; Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten, um Fachkenntnisse auf dem neuesten Stand zu bringen

Die NÖAAB-FCG AK Fraktion stellt in der 3. Vollversammlung der XVII. Funktionsperiode der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich den Antrag, den Gesetzgeber aufzufordern, die oben angeführten Maßnahmen zur Förderung älterer ArbeitnehmerInnen umzusetzen.